

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Feiertagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Befehlsgeld monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Straßband 4,30 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19AII. Verleger: Kurt Nordens 2895 und 2896.

Interate sollen die achtgepalt. Umpostzettel oder deren Raum 80 Pf., kleine Anzeigen das betriebsfreie Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Erwerbungsbeitrag 10 Pf., bei Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Aufschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Verleger: Kurt Nordens 2895.

STREIFLICH

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eröffnung des Rätekongresses.

Die erste Sitzung.

Pünktlich 10 Uhr eröffnet Veinert als Vorsitzender des Zentralrates den zweiten Rätekongress. Dieses Mal ist der Herrenhaushalt schmucklos, die roten Embleme fehlen. Schmucklos und verlogen ist auch die Rede Veinerts. Er spricht von der schweren Situation, in der Deutschland sich befindet, von dem drohenden Gewaltfrieden und findet einige Worte zur Aufpreisung der errungenen Fortschritte. Die nächster Rede löst den Kongress gleichgültig.

Nachdem Veinert den Kongress für eröffnet erklärt hat, überbringt Hoffmann-Wien die herzlichsten Grüße des Zentralrates der deutsch-österreichischen A- und S-Räte. Es folgt die Begrüßung der preussischen Regierung, für die Haenisch spricht. Dann folgt die Konstituierung des Kongresses. Als Vorsitzender wird der rechtssozialistische Gauschild-Kassell gewählt, als sein Stellvertreter Richard Müller für die Unabhängigen und Stott für die Soldatenfraktion, ferner acht Schriftführer.

Auf dem Kongress sind 180 Mehrheitssozialisten, 55 Unabhängige, denen sich auch die 9 Köpfe starke österreichische Delegation anschließt, dann 20 Soldatenvertreter. Ferner sind vereinzelt Vertreter anderer Parteigruppen und 1 Kommunist anwesend.

Nach Feststellung der Geschäftsordnung entspinnt sich eine Debatte über einen Antrag der Unabhängigen, ein Begrüßungstelegramm an die Bayerische Räterepublik abzusenden. Da in dem Telegramm die Hoffnung ausgesprochen ist, daß nach dem bayerischen Muster bald auch ein Umsturz im Reich erfolgen werde, lehnen die Mehrheitssozialisten und Demokraten das Telegramm ab.

Der Rätekongress hat einstimmig den Antrag der Unabhängigen angenommen, daß seine Mitglieder dieselbe Immunität besitzen, wie die Mitglieder der Nationalversammlung. Dann wurde gegen den Widerspruch von Rechtssozialisten der Antrag auf sofortige Festentlassung Ledebours als Mitglied des Kongresses mit 199 gegen 55 Stimmen angenommen.

Die Lage in Bayern.

Der Konflikt zwischen den beiden Regierungen in Bayern spielt sich weiter zu. Immer neue Orte, auch solche in Nordbayern, erklären sich für die Räterepublik. Aber die Kumpfbregierung sucht mit Robkehen Methoden ihre Stellung zu retten. Ueber Nürnberg ist der verhängnisvolle Kriegszustand erklärt worden. Und die bewaffnete Aktion gegen München und die übrigen Teile des Landes, die sich für die Räterepublik erklärt haben, steht bevor.

Aber auch von der anderen Seite drohen Gefahren. Noch ist die Bildung der neuen Räteregierung nicht vollendet. Aber aus allen Nachrichten aus München geht hervor, daß die Kommunisten sich nicht an der Regierung beteiligen werden und in scharfer Opposition zu ihr stehen. Schwere Tage stehen also noch bevor.

Die Kumpfbregierung hat eine Rundschreiben an die bayerische Beamtenchaft erlassen. Sie lautet:

Bamberg, 7. April.
Die Nachricht, daß die sozialistische Regierung des Ministerpräsidenten Hoffmann zurückgetreten sei, ist un wahr. Der vom bayerischen Landtag einstimmig gewählte Ministerpräsident Hoffmann hat den Sitz der Regierung heute nach Bamberg verlegt. Diese Regierung ist die einzige Inhaberin der höchsten Gewalt Bayerns. Nur ihre Anordnungen und Befehle sind zu vollziehen. Alle von anderer Seite ergehenden Anweisungen sind ungültig.

Die Regierung des Freistaats Bayern
Hoffmann, Ministerpräsident.

Die Stellung der Kommunisten.

München, 7. April.

Di heute mittag erschienene Note Fahne, das Organ der Kommunisten, wendet sich in einem Aufruf an die Arbeiter scharf gegen die jetzige Räteregierung. Sie erkennt den jetzt bestehenden revolutionären Not in keiner Weise als eine Vertretung der arbeitenden Klassen an. In keiner Weise, so schreibt das Blatt, seien einzelne Parteien, welche nur einen Teil des Proletariats vertreten, befugt, an Stelle des gesamten Proletariats die Räterepublik zu verkünden, am allerwenigsten Parteigenossen eines Ober- und Nolle, eines Schnepfenhorst und Dürr. Ebensovienig seien dagegen die Unabhängigen geeignet, welche mit den schärfsten Gegnern des Rätebaus zusammenstehen. Nur die Errichtung einer kommunistischen Räterepublik könne die Arbeiterschaft aus aller Not und allem Elend befreien. Das Blatt fordert die Arbeiter, Soldaten und Bauern auf, unverzüglich zur Wahl eines wirklich revolutionären Organs zu schreiten, das Befehl darüber zu lassen habe, wann die proletarische Räterepublik ausgerufen werden und wann der Kampf um sie beginnen solle. Die Kommunisten werden schließlich aufgefordert, das schärfste Mißtrauen allen Schritten der Gründer der Scheinräterepublik gegenüber zu bewahren, sowie Demonstrationen und Feiern zu Ehren dieser Scheinräterepublik zu meiden.

Die Schwierigkeiten der bayerischen Räteregierung.

T.U. München, 8. April.

Die Sorge um die nächste Zukunft löst in München wachsende Erregung aus. Auf allen Plätzen und Straßen fanden gestern ununterbrochen Ansammlungen statt, in denen der Widerstreit der Meinungen heftig auseinanderprallte. Es entstand eine Atmosphäre, aus der heraus der Zentralrat sich veranlaßt sah, den verschärften Belagerungsplan über die Landeshauptstadt zu verhängen. Aber die neuen Gewalthaber werden sich wohl kaum der Täuschung hingeben, daß sie mit solchen Maßnahmen im Volke nicht die Ueberzeugung von der Güte und Stärke ihrer Position zu erwecken vermögen. In München hat der Rätegedanke tatsächlich Boden gefaßt. Zwar wird auch aus der Provinz gemeldet, daß einzelne Städte den Anschluß an die Münchener Räteregierung suchen, doch steht der größere Teil Nordbayerns nicht nur in abwartender, sondern in direkt ablehnender Haltung beiseite. Hier war gestern an einer amtlichen Stelle die Meldung eingetroffen, daß die Mitglieder der bisherigen Regierung in Nürnberg damit beschäftigt seien, den Landtag doch noch zu versammeln. Wie die „Frei-Heit“ zuverlässig weiß, trifft diese Darstellung nicht zu. Wohl ist das Ministerium an einem fränkischen Orte versammelt, ob aber dort auch der Landtag zusammentreten wird, ist durchaus noch nicht entschieden und hängt von einer Reihe von Fragen ab, deren Lösung auf verschiedenen wichtigen Momenten beruht. Jedenfalls denkt die Regierung nicht daran, der in München geschaffenen Gewalt zu weichen.

München für die Räteregierung.

T. U. Augsburg, 8. April.

Gestern wurde hier die Räterepublik neuerdings ausgerufen. Es ist feierliche Ruhe und Blodengeldaus angeordnet. Die öffentlichen Gebäude sind rot besetzt.

Die Stimmung im Lande.

Schwelmfurt, 8. April.

Die Stadt hat sich der Räterepublik angeschlossen.

8. April.

Hier ist gestern die Räterepublik ausgerufen worden.

8. April.

Eine von der sozialdemokratischen Partei, dem Gewerkschaftsverband und der Unabhängigen Partei zu gestern abend berufene Massenversammlung hat sich nach einigen Ansprachen einstimmig für die Räterepublik ausgesprochen, die schon gestern mittag ausgerufen worden war, ohne daß die Führer gewußt hätten, wie die Arbeiterchaft sich dazu stellen werde.

Kriegszustand über Nürnberg.

Nürnberg, 8. April.

Durch Flakpatronenbeschuss wurde heute früh die Verhängung des Kriegszustandes über die bayerische Stadt bekanntgegeben. Umzüge und Kundgebungen sind verboten. Zwischen 11 und 5 Uhr ist das Betreten der Straße untersagt.

Der Weg zum Sozialismus.

O. J. Heute ist nicht die Frage, ob der Sozialismus kommen soll oder muß, sondern es gilt zu antworten: Wie soll er kommen. Der Kapitalismus ist zusammengebrochen, der Imperialismus hat uns den Weltkrieg beschert. Die Revolution hat die Erschöpfung der Wirtschaft offenbart. Die politische Revolution, obgleich erst begonnen, muß sozialen Inhalt bekommen. Sozialreformen, so wichtig sie sind, nützen heute allein nicht mehr. Vieles, was früher radikal erschien, ist angesichts der Verarmung und Desorganisation der Wirtschaft zur „weißen Salbe“ geworden.

Die Wissenschaft und die Arbeiter sind auf diese neue Situation wenig vorbereitet. Man hatte gehofft, sozialisieren zu können bei günstigen Bedingungen unter Ausnutzung der ungeheuren Produktivkräfte des Kapitalismus. In der langen Zeit der Kämpfe um Reformen war der Glaube an grundstürzende Umwälzungen erlahmt und das theoretische Interesse für die Aufgaben der sozialen Revolution bei Massen und Führern gering. Daher ist es nur zu begreiflich, daß auch heute in der Masse der Arbeiter über Sozialisierung, über die Ueberführung des Kapitalismus zum Sozialismus recht krause Vorstellungen herrschen. Man glaubt, sehr radikal zu sein, wenn man kleinste Sozialisierung fordert, und verzichtet nur zu gern auf eine eingehende wissenschaftliche Untersuchung der heutigen Verhältnisse, obgleich nur eine solche Untersuchung die Gewähr des Gelingens bietet.

Es fehlt auch an leichtverständlichen Einführungsschriften in der Parteiliteratur. Kautskys ausgezeichnetes Buch „Sozialdemokratische Gedanken zur Uebergangswirtschaft“ rechnet noch mit Beibehaltung des Kapitalismus. Die Schrift ist trotzdem heute noch äußerst lesenswert, besonders der Teil über die Landwirtschaft und die populäre Darstellung der Geldtheorie, deren Lektüre angesichts der Valutaprobleme und des Streites um die Annulierung der Kriegaanleihe nur dringend empfohlen werden kann.

Eine Fortsetzung und Ergänzung dieser Schrift bietet jetzt Genosse Otto Bauer, Staatssekretär für Sozialisierung der österreichischen Republik, in seiner Broschüre „Der Weg zum Sozialismus“ (Wien 1919, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co., 32 Seiten, Preis 20 Heller). Diese Schrift verdient einen möglichst weitverbreiteten Nachdruck in Deutschland angesichts der Beugungsschwierigkeiten von Wien. Sie kann zur Klärung über die Fragen der Sozialisierung im weitesten Sinne des Wortes außerordentlich viel beitragen und die Diskussion über die zahlreichsten Einzelprobleme befruchten.

Bauer ist es gelungen, in durchaus allgemeinverständlicher Darstellung in klarer gedrungener Sprache einen Leitfadens zu schreiben, der trotz seiner leichten Verständlichkeit durchaus wissenschaftlich ist und die Probleme keineswegs vertuscht oder vereinfacht. Es ist erklärlich, daß Bauer angesichts der österreichischen Verhältnisse die wirtschaftliche und politische Rolle der Arbeiterräte nicht behandelt und nur von Arbeiterausschüssen spricht. Diese Ausschüsse haben manche Funktionen unserer Arbeiterräte, und auch in den Verwaltungsräten, die Bauer für die sozialisierte Industrie vorschlägt, dürfen bei uns die Arbeiterräte ihre Delegierten entsenden. Sonst aber merkt man der Schrift ihren Wiener Ursprung nicht an. Selbst was Bauer am Schluß über die Vorausscheidung der Sozialisierung sagt, trifft im wesentlichen auf Deutschland zu.

Es ist unmißlich, im Rahmen eines Artikels den Inhalt des Buches anzudeuten. Es ist ein ausführlicher Plan zur Ueberführung der heutigen Wirtschaft in den Sozialismus, und die vorzuschlagenden Maßnahmen arbeiten ineinander. Bauer will, wie alle Sozialisten, zunächst die Verankerung der Großindustrie, die Organisierung der Fertigungsindustrie unter starker Kontrolle des Staates, der Arbeiter und der Konsumenten. Er spricht sich in einem sehr interessanten Artikel eingehend über die Kommunifizierung des Wohnraumbaus und die Sozialisierung des Hausbaus. Er will natürlich die Sozialisierung des Großgrundbesitzes anbahnen und macht sehr interessante Vorschläge über die allmähliche Sozialisierung der bäuerlichen Wirtschaft, eine wertvolle Ergänzung zu den Ausführungen Kautskys in seinen Bemerkungen zur Uebergangswirtschaft.

Mit Recht hebt Bauer hervor, daß die Sozialisierung der Banken heute nicht mehr am Beginn, sondern am Ende der Sozialisierung stehen müsse, da durch die Kriechwirtschaft die Rolle der Banken völlig verändert worden sei.

Die Banken sind im Verlauf des Krieges so sehr zu Instrumenten des Staatkredits geworden, daß demgegenüber ihre anderen Funktionen weit zurückgetreten sind. Im Grunde genommen waren sie während des Krieges nichts anderes als Requisitionsanstalten der Oerobewirtschaft, mit der Aufgabe vertraut, den letzten verfügbaren Heller für die Zwecke der Kriegsführung zu requirieren. Der größte Teil der Mittel der Banken besteht daher jetzt aus Forderungen an den Staat und aus Darlehen auf Staatsschuldverschreibungen. Die Vergesellschaftung der Banken hätte daher heute keineswegs dieselben Wirkungen wie in der Friedenszeit. Und sie wäre heute, da wir zum Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft den Kredit des Auslandes brauchen, kaum so leicht durchzuführen und kaum so rasch und wirksam, wie sie in der Friedenszeit gewesen wäre. Die Sozialisierung unserer industriellen Produktion wird also nicht mit der Vergesellschaftung der Banken verbunden sein können. Wir werden die Banken zunächst ihre Kriegsgeschäfte liquidieren, ihr normales Friedensgeschäft wieder aufnehmen und entwickeln lassen müssen, ehe an die Sozialisierung der Banken gedacht werden kann. Die Sozialisierung der Banken wird nicht der Beginn des großen Sozialisierungswerkes sein können; wohl aber wird sie ein Abschluß und seine Ordnung sein müssen." Seite 25.

Leider nimmt Bauer zu der bei uns umstrittenen Frage der Annullierung der Kriegsanleihe in seiner Schrift keine Stellung. Nach allem, was er über die Expropriation der Expropriatoren ausführt, ist aber nicht zu bezweifeln, daß er diese radikal ablehnt, aber finanzpolitisch wie ökonomisch gleich unwiderrückliche Maßnahmen ablehnt.

Bauer erklärt sich wie Kautsky für eine Ablösung des Privateigentums, eine Ablösung, die allerdings durch progressive Einkommensteuer und das Erbrecht des Staates teilweise aufgehoben wird. Nur Veranlassung der Kriegsschulden wird eine außerordentliche Vermögensabgabe in Gestalt einer Sondersteuer erhoben, die etwa ein Drittel aller großen Vermögen umfassen dürfte. Auf diese Weise wird die Kapitalistenklasse einseitlich und unwiderrücklich zur Deckung der durch ihren Weltkrieg geschaffenen Schuldenlasten herangezogen, wie durch eine das ganze Wirtschaftsleben schwer erschütternde Unauflöslichkeitserklärung der Schuldverschreibungen des Staates.

Diese Reizen sollen nur ein Hinweis sein auf die Schrift von Otto Bauer, die ihren Titel nicht unnötig führt, und die auf knappem Raum einen ungewöhnlich reichen Inhalt bietet. Sie ist wirklich ein Meilenstein zum Sozialismus. Man mag an Einzelheiten kritisch stehen, die klare Aushellung der Zusammenhänge, die wissenschaftliche Art der Darstellung wird immer eine Grundlage zur fruchtbareren Auseinandersetzung bieten. Wenn man mit Bauer der Meinung ist, daß eine dauernde Sozialisierung und eine planmäßige Umgestaltung der Wirtschaft getragen sein muß vom Verständnis der Massen für den Sozialismus und seine Probleme, wird man wünschen, daß die Schrift in den Massen gelesen, diskutiert und daß nach Bauers Vorschlägen nachhandelt wird. Dann wird es gelingen, die Geburtswehen abzukürzen und die Leiden unserer Zeit etwas zu vermindern.

An keiner Zeit ist die Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge notwendiger gewesen, wie in unserer Epoche, in dem Uebergangsstadium von „der Notwendigkeit zur Freiheit“, um mit Engels zu reden. Der Sozialismus ist heute eine Notwendigkeit, aber man muß Bauer zustimmen, wenn er mit den Worten schließt: „So haben wir gezeigt, wie wir zum Sozialismus kommen können und wollen. Aber freilich, der Weg zum Sozialismus, den wir bestritten haben, ist nicht der einzige denkbare Weg. Der Sozialismus kann auch auf anderen Wegen kommen. Wenn unser Volk die Notwendigkeiten der Stunde nicht bearbeitet, wenn sich die besitzenden Klassen dem Notwendigen und Unvermeidlichen widerlegen und die arbeitenden Volksmassen beirrt und betört, ihr eigenes Interesse nicht erkennen, und die politischen Machtmittel, die die demokratische Republik ihnen gegeben hat, nicht zu gebrauchen verstehen, dann würde der Sozialismus freilich auf andere Weise kommen: nicht als das Ergebnis planmäßiger aufbauender Arbeit, sondern als die Folge eines furchtbaren Sturmes, der zuerst alles erschört, alles vernichtet, damit dann an den Trümmern der alten Welt eine neue erhebe. Räte der Sozialismus auf diesem Wege, dann müßten wir alle ihn furchtbar teuer erkaufen; erkaufen mit Raben des Bürger-

krieges, erkaufen mit unabweislicher Zerstörung unserer Produktionsmittel, erkaufen mit noch vielen Raben gebliebenen Elends, mit noch viel schrecklicherer Not, als die ist, die der Krieg über uns gebracht hat. Der Sozialismus ist zur geschichtlichen Notwendigkeit geworden, kommen wird er auf jeden Fall. Freilich ist nur, auf welchem Wege er kommen soll. Arbeiten wir alle daran, daß er komme nicht als das Ergebnis verheerender Katastrophen, sondern als die Frucht zielbewusster Arbeit!“

Der Generalfreil in Magdeburg.

Die Festnahme Landbergs, dessen Leben und Gesundheit nicht einen Augenblick bedroht war, hat den „Vorwärts“ in höchste Entrüstung gebracht. Die Festnahme des Reichs, durch dessen Schuld die blutigen Kämpfe über Berlin heraufbeschworen sind, durch dessen brutale Unanständigkeit im Dezember, wie in den Donnarstagen jede Verständigung unmöglich gemacht worden ist, bringt ihn in eine Entrüstung, die er nie gezeigt hat, als es sich um das Leben von Arbeitern handelte. Landberg Verbanntung ist aber nur die Folge jener provokatorischen Rede gegen die Soldatenräte in Magdeburg, die von der Regierung in wohnsinniger Verleumdung eingeleitet worden ist. Wir haben bereits heute morgen darauf hingewiesen, daß die in Opposition stehenden Soldaten im Bereich des 4., 16. und 21. Armeekorps Mitglieder der rechtssozialistischen Partei sind. Diese Tatsache wird von der ganzen Presse und natürlich auch vom „Vorwärts“ unterstrichen. Die Öffentlichkeit soll nicht erfahren, daß es sich wiederum um einen Konflikt handelt, der entstanden ist aus dem Bestreben der Regierung, die reaktionäre Offizierskamarilla für sich willfährig zu machen, daß aber ihre eigenen Anhänger dagegen opponieren. Ist dieser Sachverhalt schon aus unsern früher veröffentlichten Darstellungen ersichtlich, so geht das noch deutlicher aus einem Brief des Zentralrats der Soldaten des 4. A.-R. hervor, der sowohl an Rosa wie auch an Göhre gelangt worden ist.

Der Brief ist auch dem „Vorwärts“ zur Veröffentlichung übergeben worden. Aber nur ein Korr wird erwidert, daß der „Vorwärts“ den Mut finden wird, die Darstellung seinen Lesern zu unterbreiten. Der Wortlaut des Briefes lautet: Zentralratsrat 4. A.-R. J.-Nr. 2575.

Magdeburg, den 5. April 1910.

Ihre Meldung des W. T. V. Berlin, vom 4. d. Mts. über geplante Militärrevue im Bereich des 4. A.-R. führt sich der Zentralratsrat 4. A.-R. veranlaßt, das nachstehende zur Darstellung des Sachverhalts anzuführen:

Dem Vorgesetzten-Ausschuß des 21. A.-R. wurde am 1. d. Mts. mitgeteilt, daß Befehle vorhanden seien, die die Auflösung des 21. A.-R. anordnen, und zwar in der Art, daß sämtliche Unteroffiziere und Mannschaften, die nicht bereit seien, in die freiwilligen Formationen oder Reichswehr überzutreten, zu entlassen seien; die Offiziere dagegen seien vorläufig zu beurlauben.

Die Erregung hierüber im 21. A.-R., insbesondere bei den aktiven Unteroffizieren, war, wie bei einer am gleichen Tage in Magdeburg stattfindenden Versammlung der aktiven Unteroffiziere des 4., 16. und 21. A.-R. festgestellt wurde, und die wir auch ganz gerechtfertigt fanden, sehr groß. Deutlich wird hierbei, daß die meisten der Anwesenden der alten sozialdemokratischen Partei angehörten.

Anschließend hierauf erfolgte auf Antrag des 21. A.-R. eine Besprechung mit den Fraktionsvorständen der beiden sozialdemokratischen Parteien mit dem Ziele, eine Abkehrung der reaktionären Offiziere herbeizuführen, um hierdurch die Regierung zu schämen, da unter den jetzigen Umständen und Führung nicht jeder Unteroffizier und Mann zum Eintritt in eine freiwilligen-Formation bereit ist. Auch von den Mehrheitssozialisten wurde hierbei angegeben, daß die reaktionären Offiziere sich von Tag zu Tag zu einer immer größeren Gefahr für die Regierung auswachsen; trotzdem verließ die Besprechung negativ.

Änderungslos fand darauf eine Versammlung der Delegierten der Soldatenräte des 21., 16. und 4. A.-R. statt, die auf Antrag

des Zentralratsrates des 4. A.-R. zu belegenden Entschlüsse führte. Ein radikaler Antrag wurde gegen wehrliche Stimmen abgelehnt.

Weiteres hat der Zentralratsrat des 4. A.-R. zu dieser Angelegenheit nicht zu sagen. Klarstellung wird der Presse übergeben werden.

Der Zentralratsrat 4. A.-R.
Regel. Solfer.

Wenn es in dem Brief heißt, daß die Unteroffiziere und Mannschaften, die nicht bereit seien in die freiwilligen Formationen oder in die Reichswehr überzutreten, zu entlassen seien, die Offiziere dagegen nur zu beurlauben, so zeigt das ganz deutlich, in welche gewalttätige Abhängigkeit die Regierung von ihren Stützen, den Offizieren geraten ist. Sie kann sie heute nicht mehr fortjücken, weil sie nur lebt von ihrer Gnade.

Wenn jetzt die Regierung wiederum mit Gewalt einschreitet, so bedeutet das die Entfesselung des Bürgerkrieges auch in Magdeburg. Schon steht der größte Teil der Magdeburger Arbeiter im Generalfreil. Auch die Magdeburger Arbeiter, die bisher zum größten Teil Anhänger der Rechtssozialisten waren, werden jetzt die Peitsche des neuen Militarismus zu spüren bekommen und sie werden einsehen, daß eine Regierung, die sich auf die reaktionären Offiziere stützt, nicht anders kann, als der Revolution und dem Sozialismus das Grab zu hauen.

Magdeburg, 7. April.

Eine Vertrauensmännerversammlung der Streikenden hat die Proklamierung des Generalfreil beschlossen.

Demolierung der „Hamburger Volkszeitung“.

(Drahtbericht der „Freiheit“.)

Hamburg, 8. April.

Seite wird die „Hamburger Volkszeitung“ nur in geringem Umfange erscheinen können. In der letzten Nacht wurde in der Druckerei einbrochen. Sechsmaschinen und Druckmaschinen wurden demoliert, fertige Sätze durcheinandergeworfen und die Schälten entleert. Alsdann wurden die Papierballen ausgezündet, wodurch ein großer Schaden entstanden ist. Durch diese Verberungen in der Druckerei ist ein beträchtlicher Schaden angerichtet worden, demzufolge unser Blatt nur in beschränktem Umfange erscheinen kann. Es ist jedoch zu hoffen, daß es morgen in dem üblichen Umfange wieder herausgegeben werden kann. Der diesen Vorkriegsbericht veröffentlicht hat, ist unbekannt. Er liegt Grund zur Annahme vor, daß es sich um einen politischen Racheakt handelt.

Der 1. Mai als Nationalfeiertag.

Amlich wird mitgeteilt: Das Kabinett hat in seiner Sitzung vom Montag beschlossen, der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach der 1. Mai zum Nationalfeiertag erklärt werden soll.

Es bedurfte erst des Antrages der Unabhängigen Fraktion im preussischen Landtag, um die Regierung zu veranlassen, an die Erklärung des 1. Mai zum Nationalfeiertag zu denken.

Reichskonferenz der Soldatenräte Oesterreichs.

Wien, 7. April (Korr.-Bureau.)

Am Sonnabend und Sonntag tagte in Wien die Reichskonferenz der Soldatenräte.

Es wurde eine Entschliessung angenommen, in der dem Proletariat aller Länder Erdrückung übermitteln und die Arbeiter der Entente-Länder aufgefordert werden, ihre Regierungen zu verhindern, daß sie der Entschliessung der Oesterreichs immer neue Schwierigkeiten in den Weg legen. Die Reichskonferenz setze auf dem Boden der sozialistischen Republik und erwarte von den Volkbeauftragten Oesterreichs, daß sie unerbittlich an jene unauflöslichen Aufgaben schritten, die die jetzige Zeit dringend erheische.

Die Kleidung der Frau.

In seinem dieser Tage bei Paul Cassirer erschienen Buch „Die erste Milliarde der zweiten Billion“ entwirft unser Genosse Heinrich Ströbel ein Bild von der Gesellschaft der Zukunft aus der Rückschau der kommenden Friedensgemeinschaft der Menschheit. Es ist kein aus Überwältigung oder aus schwebender Phantasie geschöpftes Bild Utopia, das er erschaut, sondern es ist die sachgemäße und teilweise ganz moderne Entschlüsselung des nächsten Jahrzehnts, wie sie sich ihm als Sozialist aus seiner vielseitigen praktischen Erfahrung heraus auf allen Gebieten des kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Lebens in Deutschland zu kristallisieren scheint. Das Buch ist gedacht als Bild des Wandels des Bundes „Neue Menschheit“ aus dem Jahre 1930 auf eine zehnjährige Bundesfeier. Zweck dieser Tätigkeit war, die Sprache herzugeben zwischen Gedankenmenschen und Tatmenschen. Die Bilanz dieser Tätigkeit war eine Milliarde freiwilliger Steuern für Zwecke der Menschheitsklärung. Diese Milliarde ist eine Abschlagszahlung der zweiten Billion, die ein Sühnopfer für die unseligen Verirrungen unserer Zeit sein soll.

Aus der Fülle der Probleme, die das Buch in künstlerischem Gewande behandelt, sei für heute nur das Kapitel über die weibliche Modefrage auszugewiesen herausgehoben. Das Buch verdient als Ganzes viele und aufmerksame Leser, wenn man auch über manche Einzelheiten, mögen sie nun Probleme der Kunst, der Schule, der Presse, der Kriminalistik, des Parlamentarismus, des Volkswirtschafts, der Zukunftsbildung usw. geteilter Meinung sein kann. Aber hier ist aus vielen Fäden mit kluger Hand und härtestem logischen Bewußtsein den Menschen ein Teppich des Lebens gewickelt, auf den sie Gerechtigkeit und Liebe ruft.

Seit Jahrhunderten hat die Frauenkleidung, abgesehen von ästhetischen Tugenden, die dafür mit Vorliebe den Geist mit primitiver Probererei zur Schau stellen, z. B. durch die Zahl der Unterwürde, durch den Reichtum der Stickerei und Schmuckes, bei uns den Sinn der Kleidung völlig zugunsten des Wahes verloren. Und dieser Wahes wirkte nicht mehr, oder wenigstens nicht mehr in der Haupt Sache, durch Kostbarkeit der Stoffe und Quantität der Farben, sondern durch ungenügendes Hervorheben der spezifisch weiblichen Reize. Nicht nur entblöhte man geistlich, was schließend zu verhalten doch gerade Sinn und Zweck der Kleidung sein mußte, sondern man schmiegte auch dort, wo man Defoliationen unumhüllbar abtun konnte, den Stoff der Körperreim

so plastisch an, daß an die Stelle der Verhüllung die Entschlüsselung trat. Man vergewaltigte sich nur einmal schüchtern die Roben allein der letzten dreißig Jahre. Da haben wir zuerst den Gul de Paris, und was war es anderes als die künstliche Voranschauung eines Schönheitsideals, das sich durch ein seltsames Naturspiel bei der Polentotilin verdoppelt findet. Dann, nach einigen Uebergangsformen, kriegten wir die Robe der neuen Linie. Die Brust wurde gewaltig emporgedrückt, der Leib verschwand wie durch ein Rätsel, um so proller aber prägnanter Hüften und andere Teile unter der plastisch formenden Geschmeidigkeit des Korsetts ab. Noch liebevoller nahm sich dann der noch weiterhin verengte Dampfkessel einiger der bisher stiefmütterlicher behandelten Körperregionen an, deren Abundung die sinnliche Reizung des Mannes zu bewirken vermag: vermochten sich jetzt doch sogar die Schenkel bis zum Anie deutlich abzuzeichnen. Darauf dann, gerade als der Stoffmangel empfindlich wurde, wieder der weite Rod das enge Futteral ablöste. Seine Falten verdeckten wieder schämig allzu stark Entblößtes, aber dafür brachten sie dem Manne eine neue Platanerie: die von engen Stiefelhäuten umschmiegte oder in spinnwebelancer Seide um so wirkungsvoller ihre Inzarnat zeigende Wade.

Ich glaube frei zu sein von Gröberei und Wünsche von Herzen, daß man sich gewöhnt, natürliche Dinge natürlich zu betrachten; dennoch frage ich, sind solche Modewandlungen, die direkt auf die Reizbarkeit des Mannes spekulieren — die weibliche Robe wurde ja bezeichnenderweise von Männern „triciert“, und elegante Kostüme wurden nur von Schneidern, nicht von Schneiderinnen gefertigt — nicht eine Verleumdung und Entwürdigung der Frau? War es nicht schimpflich, daß die „keine“ Welt so völlig von der Demimonde, ihren Instinkten und Interessen beherrscht wurde, und daß sich alle Welt diesen unterwerfen, tief ins Animalische zurückweisenden Instinkten unterwarf?

Sollten darum jetzt nicht alle Frauen von Bildung, Intelligenz und Feingefühl aufbeben, daß die Herrschaft der Robe endlich gebrochen zu sein scheint? Daß dadurch die Möglichkeit geschaffen ist, an die Stelle eiten dinnhaften Wahes wieder die Kleidung zu legen?

Und muß ich betonen, daß ich dabei selbstverständlich an eine geschmackvolle Kleidung denke? Eine Kleidung, bei der sich auch gerade sehr vielleicht noch ersten Male, weiblicher Anmut und schillernde Phantasie betätigen kann? Die Straflosigkeit der Normalfrauen finde ich nicht minder schrecklich,

als die extravaganteiten Auswüchse der Weibchenmode. Aber man braucht sich auch gar nicht das Hien nach einer Erbschuld zu germaßen. Man braucht nur der alten Robe zu entschlüsseln, was weiblich und den weiblichen Formen angepaßt war, ohne die Grenzen einer schon rein ästhetischen Drogen zu überschreiten. Sollen auch die Frauen von Geschmack nicht mehr wie kurzgeschlitzte Zirkuspferde einbertanzeln oder gleich Mäandern besierdeentschüssend daherschreiten, so brauchen sie doch die Annah ihres Geschlechtes nicht in Konnengeväandern zu verbergen. Haben wir doch schon Reformkleider bestritten, die, obwohl den Körper von dem unhygienischen Holterinstrument des Schnurleibs befreiend, dennoch durch die stieckende Grazie der Linien jedes unverfälschte Auge entzünden mußten?

Leicht kann sich jede Frau, wenn nur die Modistin, oder sagen wir schlichter die Schneiderin, erst einmal auf die neuen einfachen Bedürfnisse der Frauen von morgen eingestellt sein wird, nach persönlichem Geschmack und den Erfordernissen ihrer Figur Gewänder herstellen lassen, die sie ganz anders kleiden werden, als die trotz aller Vigorierrie im Grunde doch so plump generalisierende und uniformierende Tagesmode von gestern.

Nur soll die Kleiderfrage für die Frau nicht wieder die Notdurstfrage ihres Seins werden! Ihr soll nicht mehr Zeit gemolmet werden wie anderen Neugierlichkeiten, Tingen des Romfests und der Geseelligkeit, etwa einer geschmackvollen Zimmereinrichtung oder dem Arrangement einer angeregten kleinen Basterel.

Um die Frau zu diesen wahrhaft kulturellen Auffassungen emporzuheben, weiß ich freilich nur ein Mittel: die Erweckung der Frau zu regem, selbständigem Geistesleben. Da sie sich erst einmal durch Beschäftigung mit geistlichen Dingen, mit Wissenschaft, Kunst, Politik, jenen Sinn für das Wesentliche erworben, der dem fristigen Manne eignet, so wird es ihr wie eine Unbereitschaft erscheinen, daß sich ehedem unzulässige Millionen Frauen zu Esclaven einer so läppischen und unwürdigen Tyrannet erniedrigen konnten.

Sturm.

Von Lu Märten.

Über die ... können wir, die sonst eine meilenlange ... demoss, sonst ein jäher Teppich für alle ... bert und verzerrt zu unsern Füßen. ...

Der Generalstreik im Ruhrrevier.

Die Verhängung des verschärften Belagerungszustandes.

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben:
 Ueber das Ruhrrevier wurde am Sonnabend, den 5. April, der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Ein äußerer Grund dafür war nicht vorhanden. Es herrschte bisher musterhafte Ruhe und nicht ein Ereignis trat ein, das diese herausfordernde Maßnahme der Regierung hätte rechtfertigen können. Aber der einseitige und geschlossene Wille der Arbeiterchaft, der diesmal überall auftrat, hat es den Beamten der Verarbeiterebene angehen lassen. Sie wollen ihren Kampfwillen lähmen, wollen ihr die Möglichkeit nehmen, sich in Verhandlungen über die Lage schlüssig zu werden. Deshalb kam der verschärfte Belagerungszustand, der alle Verarbeiterebene in Verhandlungen unmöglich macht. Durch dieses Mittel will man die Verarbeiter wieder ans Messer des Kapitalismus ausliefern.

Bei Gruppen in Eisen sind verbotene Waffendepots entdeckt worden. Sie waren zur Bewaffnung des Bürgerkriegs und der Aufrüstung bestimmt. Die Arbeiterchaft hat die Waffen vernichtet und ist wegen dieser Provokation in den Ausnahmezustand getreten und hat sich zugleich die Forderungen der Verarbeiter zu eigen gemacht. In Dinslaken bei Witten wurden die Streikführer verhaftet. Sie haben sich keines Verachtens schuldig gemacht, aber man hofft, durch Verleumdung der Führer den Streik zu erdroffeln. Die Empörung der Arbeiter ist durch solche Maßnahmen gestiegen. Abhalten bricht sich die Rheinische Bahn, das unter Wilhelm II. die persönliche Freiheit des einzelnen besser garantiert war, als unter der Regierung Ebert-Scheidemann.

Für die einmarschierenden Regierungstruppen fand sich bisher keine Arbeit. Sie gehen auf den Straßen spazieren und besuchen fleißig die Kinos und die Kaffees. Der Ruf der Verarbeiter noch links ist mächtig zu vernehmen. Die Rechtssozialisten haben im Ruhrrevier völlig den Boden unter den Füßen verloren.

Die Wirkungen des Generalstreiks.

Essen, 7. April.

Unter dem Einfluß des Streiks auf den Sehen ist die allgemeine Verkehrsfrage außerordentlich kritisch. Die Förderung ist in der Vorwoche um rund 200 000 Tonnen zurückgegangen. Demgemäß ist auch die Wagenanforderung, die bei dem geringen Bedarf stets voll gedeckt werden konnte, weiter zurückgegangen, und zwar von 20 000 auf 6000 am 5. April. Ferner ist die Kupferleistung beim Umschlag in den Duisburg-Ruhrorter Häfen, die sich nach Verabingung des Streiks der Umschlagarbeiter am 28. März wieder auf etwa 15 000 Tonnen gehoben hatte, allmählich auf 4000 Tonnen täglich gesunken. Auch in den Analfähren sieht es traurig aus. Fast alle Häfen sind mit Leerraum vollgepackt, so daß sie größtenteils gesperrt werden mußten. Der geringe Umschlag, der nach in den letzten Tagen erzielt wurde (etwa 5000 Tonnen gegenwärtig, 25 000 Tonnen täglich in der vorhergehenden Woche) kommt aus Lagerbeständen. Ströme-Zufuhren sind nicht zu verzeichnen, da sämtliche an den Kanal angeschlossene Seeden streiken.

Der Generalstreik in Düsseldorf.

Düsseldorf, 7. April.

Die Generalstreikkommission veranlaßt morgen vermittlung in allen Betrieben eine gedeihliche Abstimmung, ob der Streik fortgesetzt oder abgebrochen werden soll. Im Laufe des heutigen Tages ist im Generalstreik keine Entspannung eingetreten.

Sämtliche Buchdrucker beschließen, wegen Lohnforderungen sofort in den Streik zu treten, so daß die Zeitungen nicht erscheinen können.

Verhängung der Streiklage in Mülheim a. Ruhr.

Mülheim (Ruhr), 7. April.

Die Streiklage hat sich außerordentlich verschärft, nachdem die Arbeiter der Firma Thyssen, der Friedrich-Wilhelmshütte und einer großen Reihe von Werken in einen Sympathiestreik für die Verarbeiter eingetreten sind. Die Gas- und Elektrizitätswerke hörte heute nachmittags auf, so daß die Stadt

Himmel jagten schmetternd und laujend die Wolken; atemlos stiegen uns die Stürme. Wir mühten das Rott halten und auf die Stimmen lauschen, die wie von allen Seiten drohten und lockten mit wilden Gefängen. Da sahen wir in der Ferne einen Pilger. Am Horizont des zornigen bleichen Himmels ging er dahin. Sein Mantel tänzelte wie im Hohn und sein Gang war schreitende Kraft.

Da sang das Lied seines Lebens über das weite Land, während er weiterschritt. Es klang wie von seinem Schreiten!

Einst ging dieser einen der Wege der Welt und sah Tiere mifhandeln und Stumme. Duffos vor der Pifflosigkeit ging er dahin und eine dicke Wollige Traurigkeit senkte sich über ihn, umhüllte ihn ganz und warf ihn zu Boden. Die Gewalt seiner Seele, die sich gegen das Dasein auflehnte, war so groß, daß sie ihn erschloßte und er entschloß.

Als er aber erwachte, ging er weiter und ging zu jeglichem Ding, was ihm entgegen, und redete vom Wege des Trojes.

Dieser Mensch geht dort und sein Mantel winkt wie im Hohn.

Aber ehe er zu allen wieder erwachte, dachte er von der Klage und vom Rausch der Nacht. Er wollte sein blutendes Herz herausreißen, es allen hinwerfen. Er wollte die Stimme werden in allem stimmigen Gemächtersein. Aber er erntete nichts als Grauen und die Welt sah nichts als sein Herz.

Er ging zur Nacht über die abgestorbene Welt. Da sah er im fahlen Licht der Dämmerung umgewälzte nackte Baumwurzeln gen Himmel ragen. Das Wurzelgeheimnis gewaltiger Geseffen wie schamlos preisgegeben. Er allein begriff das Grauen des Ortes, auf den der Himmel, die Nacht und die Sonne hinabschleierten — und er begriff, daß das Geheimnis der Wurzeln bei den Wipfeln und Keiten des Lebens erst Sprache wird und verständlich — und blieb nicht der Einsame, der von sich singt, er ging zu den Menschen allen, zu den Zahlen, und redet ihnen den Trost einer gewaltigen Nacht.

Und er geht durch die Stürme und Hifflosigkeit, am Horizont des bleichen zornigen Himmels. Sein Mantel winkt wie im Hohn und sein Gang ist schreitende Kraft.

Wir lauschen dem Gesang seines Schreitens. Die Stürme schließen über uns ein und wir erwachten bei den Wurzeln der abgestorbenen Welt.

ohne Licht in; Theater und Kinos mußten geschlossen werden. Eine Vertreterversammlung sämtlicher Arbeiterorganisationen beschloß heute, die Notstandsarbeiten nicht mehr auszuführen, und proklamierte den Generalstreik. Man fordert die sofortige Entlassung aller politischen Gefangenen und die Aufhebung des Preisverfalls. Der Straßenbahnverkehr bleibt weiter einseitig. Auch die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten Mülheim-Speldorf beschloßen mit 599 gegen 81 Stimmen den Ausstand.

Und wiederum nur Gewalt.

Bochum, 8. April (W. T. N.).

Verzangene Nacht sind selbmarischmäßig ausgerüstete Regierungstruppen in Bochum eingezogen. Im ganzen soll Bochum eine Besatzung mit 4000 Mann Infanterie, Artillerie, Kavallerie erhalten. Die Truppen sollen zum Schutze der Arbeitswilligen auf die umliegenden Gassen verteilt werden. Vor allen Dingen sollen sie verhindern, daß die Gruben durch Ausständige sabotiert und der Verkehr durchgeföhrt wird, wonach am 10. April die Notstandsarbeiten aufhören sollen. Die von ausländischer Stelle versichert wird, wird die Regierung die allerhöchsten Mittel einsetzen, um Ruhe und Ordnung im Industriegebiet aufrecht zu erhalten. Der Arbeiterrat verlangt dringend die Zurückziehung des Militärs, weil die Sicherheitswehr in Bochum zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung ausreicht.

Die Regierung gegen den Streik der Eisenbahnbeamten.

Die preussische Regierung erläßt folgende Rundschreiben:

Berlin, 7. April. (Amtlich.)

Es sind zur Zeit unter den Eisenbahnbeamten Bestrebungen im Gange zur Durchsetzung einzelner Gehaltsforderungen, gegebenenfalls auch in einen Streik einzutreten. Die Staatsregierung stimmt mit großen Beamtenverbänden in der Auffassung überein, daß der festen Anstellung der Beamten und der staatlichen Garantie ihrer besonderen Rechte ihre Gebundenheit an den Dienstvertrag, den sie einseitig nicht lösen können, entspricht. Auch das Koalitionsrecht verleiht keinen Kontraktbruch. Jede nicht genehmigte Dienstverweigerung stellt sich daher als Dienstvergehen dar, das die gesetzlichen Folgen nach sich zieht.

Die Regierung würde der Volksgemeinschaft gegenüber gewissenlos handeln, wenn sie den Beamten die Befugnis einräumte, Staatsbetriebe, wie die Eisenbahn, stillzulegen und dadurch der Volksgemeinschaft, deren Interesse der Beamte dienen soll, unendlichen Schaden zuzufügen.

Dies gilt um so mehr als der schwer bedrängte Staat in seiner Fürsorge für die Beamten durch Milliardenauswendung bis an die äußersten Grenzen seiner Leistungsfähigkeit fortgegangen ist und als zahlreiche Volksgenossen, von denen die Mittel für die Befriedigung der neuen Forderungen der Eisenbahnbeamten ausgebracht werden mußten, in ihrer Stellung weniger gesichert und geringer entlohnt sind wie eben diese Eisenbahnbeamten.

Ja, die Regierung müßte solchen Streik zu einer Zeit, in der das Vaterland noch fortgesetzt durch äußere Gefahren und durch den Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen schwer bedroht ist, geradezu als ein Verbrechen am gesamten Volke betrachten. Hungernot und Stillstand der gesamten Wirtschaft würden die unabweislichen Folgen des Versagens der Verkehrsmittel sein, die den Beamten würden dadurch — neben der Gefährdung ihrer Lebensstellung — für sich selbst, für ihre Frauen und Kinder und für alle Volksgenossen namenloses Elend heraufbeschwören.

Die Regierung weiß, daß weitaus die Mehrzahl aller Beamten ihre Lustigheit liebt. Diese können sich darauf verlassen, daß die Regierung auch alle ihr zu Gebote stehenden Maßnahmen anwenden wird, um Dienstwillige vor dem Terror Einzelner zu schützen.

Wenn auch diese Rundschreibung der preussischen Regierung einen anderen Geist atmet als die der Reichsregierung gegen die streikenden Verarbeiter, so ist doch bemerkenswert, daß die Regierung auch gegen die Beamten, bisher ihre treuesten Stützen, kein anderes Mittel weiß als die Gewalt. Genau wie die Schwarz-

macher, so droht auch sie mit der Anwendung aller Machtmittel, anstatt durch die Verständigung zu verhandeln, die dem Wirtschaftslieben drohenden Gefahren abzuwenden.

Eine Fälschung.

Der „Vorwärts“ nimmt die Verhaftung des Ministers Landberg zum Anlaß, eine neue Fehde gegen und zu entfachen. Um eine Unterlage dafür zu gewinnen stellt er der Verhaftung Landbergs den Verhaftungsbefehl gegen die Kommunisten gegenüber. Er verteidigt sich dabei zu der Behauptung, daß auf Grund dieses Befehls nur Leute verhaftet werden sollten, die sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht hätten, während in Magdeburg Leute als Geiseln festgesetzt worden wären, gegen die nicht das mindeste vorgelegen habe.

Wir stellen demgegenüber fest, daß der Verhaftungsbefehl des Oberkommandos sich nicht gegen Verbrecher, sondern lediglich gegen politisch verdächtige Personen richtet. Denn in dem Befehl heißt es wörtlich:

„Ob X. selbst eine heherische Tätigkeit der genannten Art entfaltet hat, kann dahingestellt bleiben. Ebenso erscheint es gleichgültig, aus welchem Grunde er der kommunistischen Partei beigetreten ist. Denn im Hinblick auf die gegenwärtigen Verhältnisse besteht gegen sämtliche Mitglieder jener Partei der bringende Verdacht, daß sie sich an den fraglichen Verbrechen beteiligt haben oder noch beteiligen werden, so daß es erforderlich erscheint, den X. in Haft zu nehmen und dadurch die Gefahr, die durch ihn der Sicherheit des Reiches droht, zu beseitigen.“

Da dem „Vorwärts“ dieser Befehl schon seit Sonntag bekannt ist, hat er sich mit seiner Behauptung einer großen Fälschung schuldig gemacht.

Gewerkschaftliches.

Generalstreik der Bankbeamten.

Berlin, 8. April.

Die Beamten der Darmstädter Bank sind heute morgen in Ausstand getreten. Nachdem die anderen Großbanken sich bereit erklärt hatten, die Arbeit der Darmstädter Bank zu übernehmen, hat sich der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten mit den Beamten der Darmstädter Bank solidarisch erklärt und soeben den Generalstreik beschlossen. Die Betriebsleitungen werden nun noch heute vormittag zusammenzutreten, um über diese Erklärung in den einzelnen Betrieben zu beraten. Heute nachmittags soll im Lustgarten eine große öffentliche Versammlung stattfinden, in der der Referent E. S. M. über das Thema: „Der Generalstreik der Großbanken“ sprechen wird. Ob der Gouverneur von Berlin seine Genehmigung zu der Versammlung erteilen wird, steht noch nicht fest.

Die Wandlung in den Arbeiterräten.

Bei der am 4. April 1919 in der A. G. O. Apparatefabrik Abteilung A12, Gerichtstr. 12/13 stattgefundenen Neuwahl der zwei Arbeiterräte erhielt die Liste der U. S. V. D. 1862, die Liste des S. S. D. 301 Stimmen. Es sind somit die Kollegen Adolf Pfeiffermeier und Georg Langner der U. S. V. D. gewählt, in geheimer Wahl. Es geht unumstößlich hervor.

Achtung! Obleute der Kriegsorganisationen mit privatem Charakter. Am Freitag, den 11. April 1919, nachmittags 5 Uhr, findet im Hause Potsdamer Straße 81, vorn 4 Treppen (Angebotenausführung), eine Sitzung der Obleute derjenigen Kriegsorganisationen statt, die von den Aufsichtsböörden weder als Reichslisten noch als Kriegsgesellschaften anerkannt sind. Vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich! Sachgruppe 8 des Zentralausschusses der Angefallenen von Groß-Berlin.

D. D. S. Werk No. 11. Mittwoch, den 9. April, 1 Uhr, Betriebsversammlung in der Krone, Alt-No. 48.

Der Arbeiterrat.
 Lorenz Aktiengesellschaft, Tempelhof. Versammlung aller streikenden Angestellten Mittwoch, den 9. April, vormittags 10 Uhr, im Lokal Meyer, Tempelhof, Berliner Straße 78, nicht Nr. 8.

Thania-Werk. Mittwoch früh 8 Uhr Betriebsversammlung, nach derselben gemeinschaftlicher Ausflug. Der Arbeiterrat.

Protest gegen den „Kunstraub“.

In der Akademie der Künste fand am Sonntag eine „Protestkundgebung“ statt aller Berliner Künstlerverbände gegen den geplanten sogenannten „Kunstraub“ der Entente statt, die erstenslicherweise weniger ruhig verläuft, als die Veranstalter gehofft hatten. Die mutige Novembergruppe bildender Künstler, die sich offen zum Sozialismus bekennen, hatte eine Gegenresolution eingereicht, und das Austreten des Genossen Söhlinger in der Diskussion, die er gegen einen geradezu unerhörten Terror des Vorsitzenden und einer beschämend großen Minorität erzwingen mußte, ließ alle Stürme des Chauvinismus los, der sich nicht gern im Spiegel sieht.

Schon lange ist die Unkonsistenz dieser ewigen deutschen Proteste, die alle Welt mit Ekel erfüllen, nicht so hervorgetreten wie hier. Die deutschen Intellektuellen stehen meist noch im Bann der offiziellen deutschen Politik. Alle diese und dieselben, die weder unter noch nach dem Regime der Hohenzollern auch nur ein Wort des Protestes gegen alle deutschen Schandtatzen gesprochen haben, kommen nun zusammen und bezichtigen das als „Verbrechen“, woran sie selbst nur durch die Niederlage verhindert worden sind.

Nach einleitenden Worten Liebermanns gab Herr Brautloff, als Spezialist für Dede gegen Frankreich, der lange genug von Ueberlegungen französischer Dichtkunst gelebt hat, einen „historischen“ Ueberblick über die französische Kunstraubpolitik, die heute energisch von Deutschland Erfolg für den angerichteten Schaden und unsere ungebürlichen Diebstähle fordert. Hätten die Herren Protestler auch nur ein Dutzendmal soviel Rechtsgefühl wie Chauvinismus, so müßten sie die Verechtigung auf Schandenergieh zumindest moralisch anerkennen und in erster Linie gegen Dede und Blünderer und nicht gegen die Beschlungen protestieren. Folgerichtig ist die französische Forderung überhaupt nicht zu betrachten. Auch die Kriegspartei ist wieder aufgetreten, wie dann der Kunsthistoriker Goldschmidt bewies. Goldschmidt sprach & B. über den französischen Einfluß auf unsere alte Kunst und sagte wörtlich, man müsse ihn „zugeben“. Also, als ob das etwas zu bedauern wäre! In der Stirnlinie einer Jünglingsfigur erkannte er (echter deutscher Professor) etwas vom Wesen unserer Fremdwörter, als sie in die Schläge saßen, und er sagte wörtlich hinzu: „Und so wird es wieder sein, wenn

die Zeit wiederkommt“. Also die Akademie ist schon für den Neuanfang! — Was sagen die neuen Mitglieder dazu? Der Schriftsteller Söhlinger stellte zunächst, bis zuletzt durch währende Zwischenrufe wie „Judas“ unterbrochen, fest, daß Proteste dieser Art, die von gleicher Schuld bei uns nichts wissen, das Ausland geradezu mit Empörung erfüllen. Die führende deutsche Kunstzeitschrift „Kunst und Künstler“ hat bereits 1916 „Kriegsschädigung in Kunstwerken“ gefordert. Vorgeschlagen war darin der Raub fast aller großen Werke Belgiens mit Verteilungsplan für die deutschen Museen. Die Frankfurter haben sich schon während des Krieges ein Bild aus Lille geholt als sogenannte „Neannektion“, in Wien wurde sogar ein in Belgien „gefundenes“ Bild als Membran „entdeckt“ und verschwand, der Dresdner Zuschauertrag brachte auch eine solche Wüderbeute heim und dazu kommen noch die gestohlenen chinesischen Instrumente, die jahrelang im kaiserlichen Potsdam standen, ohne daß gegen all das „protestiert“ wurde.

Die Resolution der Novembergruppe, mit der sich Söhlinger identifiziert, da sie sich gegen jedes Hineinziehen geistiger Schöpfungen in die Reichsphären wendet, wurde abgelehnt, aber wenigstens sein Zusatzantrag angenommen, daß die Verfassung deutsche Pläne gleicher Art, die bestanden haben, entschieden verurteilt und aus diesem offenen Bekenntnis das Recht zum Protest gegen die französischen Forderungen herleitet. „Sehr offen“ war allerdings das „Bekenntnis“ nicht, es mußte der „verjüngten“ Akademie erst im erbbitterten Rohampf abgerungen werden.

Kunstkalender.

Das Opernhaus Unter den Linden belingt am Montag, den 14. d. M., Mozarts sein Mai 1813 nicht gegebenen „Don Juan“ neuinstudiert unter musikalischer Leitung des Herrn Generalmusikdirektors Dr. Strauß. Die beiden ersten Aufführungen werden in wechselnder Besetzung stattfinden.

Literatur.

Walter Hasenclever. Die Menschen. Schauspiel in 5 Akten. Verlag Paul Cassirer. Berlin. 96 S. Großk. 1,50 M., geb. 2 M.
 Paul Ernst. Dromen. Dritter Band. Verlag Georg Müller. München.
 Paul Ernst. Der Zusammenbruch des deutschen Absolutismus. Zweite Auflage. Verlag Georg Müller. München. 47 S.
 Rabindranath Tagore. Nationalismus. Der Neue Welt-Verlag.
 Rabindranath Tagore. Der Welt Japan. Der Neue Welt-Verlag.

